



Strukturwandel: Wirkungslose Soforthilfen

Besonders betroffene Städte spielen keine Rolle bei der Mittelvergabe

Die erste Runde der Sofortmittel zur Bewältigung des Strukturwandels läuft und die Staatskanzlei hat die Projekte benannt, die gefördert werden sollen. Dies sind neben Infrastrukturmaßnahmen vor allem Projekte von Forschungseinrichtungen, etwa des Forschungszentrum Jülich oder der Fraunhofer Gesellschaft.

Leider finden diese Projekte alle nicht in den von den anstehenden massiven Einschnitten bis 2022 besonders betroffenen Städten wie etwa Elsdorf, Bedburg, Bergheim oder Kerpen statt (Ausnahme: Die Vorbereitung eines Wärmespeicherkraftwerks in Niederau-

dem oder Neurath).

Landesregierung und Landrat müssen endlich die Frage beantworten, wie die vielen tausend Arbeitsplätze für Industriebeschäftigte ersetzt werden sollen, die bald wegfallen werden.

In den kommenden Förderrunden müssen dringend neben den Städten auch kleinere und mittlere Unternehmen, das Rückgrat unserer Wirtschaft, berücksichtigt werden. Der Strukturwandel wird vor Ort gestaltet und Arbeitsplätze von Unternehmerinnen und Unternehmern geschaffen. Die Zeit drängt!

Keine neuen Ermittler für „Cum Ex“-Fälle

Letzte Woche habe ich die drohende Verjährung von Fällen des gigantischen „Cum Ex“-Steuerbetrugs bereits thematisiert. Im Finanzausschuss musste Finanzminister Lienenkämper einräumen, dass seit dem massiven Anstieg der Fallzahlen in 2017 keinerlei Personalaufstockungen in den Ermittlungsbehörden vorgenommen worden sind.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, ihren Ermittlern endlich den Rücken zu stärken und ausreichend Personal bereitzustellen. Sollten Fälle hier verjähren, wäre das nichts anderes als die staatliche Unterstützung

des Steuerbetrugs an der Allgemeinheit.



Wohnungsmangel ist auch im Kreis dramatisch

Meine Kleine Anfrage im vergangenen Sommer deckte auf, dass es im Kreis nur 484 preisgebundene Wohnungen gab, aber über 2379 wohnberechtigte Haushalte. Diese Zahl basierte aber nur auf tatsächlich erteilten Wohnberech-

- landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
- städtische Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften stärker fördern
- mehr mietpreisgebundenen Wohnungsbau schaffen
- modernere Bau-Förderungen
- klare Regeln für Vermietung von Ferienwohnungen in Städten

#WohnenBezahlbarMachen

tigungsscheinen. Tatsächlich hätten etwa 40% der Haushalte im Kreis Anrecht auf einen WBS.

Im Kreis werden alle unsere Initiativen seit Jahren von einer Jamaika-Mehrheit blockiert und auf Landesebene bricht der Bau von geförderten Wohnungen massiv ein und der Mieterschutz wird eingerissen. Gemeinsam mit dem Bündnis „Wir wollen wohnen“ aus DGB und Wohlfahrtsverbänden fordere ich einen radikalen Kurswechsel von der Landesregierung.

Ihr